

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorschlag für die Arbeitsgremien des Landesparteitages	2 bis 3
Bericht des Landesausschusses	4 bis 7
Bericht der Landesfinanzrevisionskommission	8 bis 9
Änderungsantrag zum Bericht des Landesvorstandes	10
Änderungsanträge zum Leitantrag „Sachsen-Anhalt: Zeit für einen Neubeginn“	11 bis 16
Änderungsantrag zum Antrag „Sachsen-Anhalt - Für einen politisch handlungsfähigen und finanzierbaren Landesverband“	17
Änderungsantrag zu den „Leitlinien für eine linke Energie- und Klimaschutzpolitik für Sachsen-Anhalt“	18 bis 19

# Vorschlag für die Arbeitsgremien des Landesparteitages

## Tagungspräsidium

Christa Baier	Salzlandkreis
Ines Daniel	Stendal
Heidemarie Ehlert	Dessau-Roßlau
Rosemarie Hein	Magdeburg
Angelika Hunger	Saalekreis
Marion Krischok	Halle
Henriette Quade	Halle
Edeltraud Rogée	Jerichower Land
Ruth Rothe	Altmarkkreis Salzwedel
Ute Tichatschke	Harz
Gudrun Tiedge	Börde
Petra Weiher	Anhalt-Bitterfeld
Achim Bittrich	Halle
Jürgen Brunsch	Altmarkkreis Salzwedel
Roland Claus	Burgenlandkreis
Matthias Höhn	Magdeburg
Harald Koch	Mansfeld-Südharz
Uwe Loos	Wittenberg
Uwe Ritter	Saalekreis
Frank Theile	Magdeburg

## Antragskommission

Birke Bull	Salzlandkreis
Sabine Dirlich	Forum demokratischer Sozialismus
Ute Haupt	Halle
Helga Paschke	Stendal
Therese Wenzel	Magdeburg
André Lüderitz	Harz
Bodo Meerheim	Halle
Jörg Schindler	Wittenberg
Gunter Schneider	Burgenlandkreis
Marcus Schröder	Kommunistische Plattform

## **Mandatsprüfungskommission**

Helga Poost	Harz
Heide Schüler	Börde
Dagmar Zoschke	Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Torsten Hans	Magdeburg
Günter Rettig	Stendal

## **Wahlkommission**

Monika Andrich	Dessau-Roßlau
Jennifer-Elisa Bölke	Salzlandkreis
Ilona Iffarth	Kommunistische Plattform
Sabine Roszczka	Jerichower Land
Ines Sedlick	Magdeburg

Alexander Behm	Salzlandkreis
Christian Härtel	Rote Reporter
Günter Herder	Anhalt-Bitterfeld
Sebastian Koplin	Harz
Hendrik Rohde	Anhalt-Bitterfeld

## **Bericht des Landesausschusses**

an die

### **1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**

Nach der Wahl seiner Mitglieder in den Kreisverbänden und delegierenden Gliederungen konstituierte sich der Landesausschuss am 31. Mai 2008. Damit war ein weiterer konstitutioneller Schritt der Partieneubildung auf Landesebene vollzogen. In seiner ersten Beratung gab sich der Landesausschuss eine Geschäftsordnung, wählte mit Frank Baier und Antje Kellner einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende und verständigte sich über Vorschläge zu einem Themen- und Sitzungsplan.

Die Landessatzung weist dem Landesausschuss Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktionen gegenüber dem Landesvorstand und Beschlussrecht zu übertragenen Anträgen zu und bestimmt mindestens dreimalige Beratungen dieses Gremiums im Kalenderjahr. Von Mai 2008 bis Oktober 2009 trat der Landesausschuss fünf Mal zu Beratungen zusammen.

In seinen Beratungen befasste sich der Landesausschuss mit Themen der Gesamtpartei und des Landesverbandes. Neben sehr intensiven Debatten waren dabei Themen, die nicht in wünschenswerter Tiefe besprochen werden konnten.

In seiner ersten Sitzung befasste sich der Landesausschuss mit den Ergebnissen des 1. Bundesparteitages der LINKEN, zu denen u.a. Henriette Quade und Achim Bittrich als Delegierte sprachen. Gegen die im Umfeld des Parteitages erhobenen Stasi-Vorwürfe gegen Gregor Gysi verabschiedete der Landesausschuss einstimmig eine Solidaritätserklärung.

Die zweite Beratung des Landesausschusses fand als gemeinsame Sitzung mit dem Landesvorstand statt und diente vor allem der Vorbereitung des Landesparteitages. Die Mitglieder von Vorstand und Ausschuss verständigten sich zu den vorliegenden Anträgen ebenso wie zu bekannten Kandidaturen.

Darüber hinaus stand auf dieser Beratung eine ausführliche Diskussion zur Rentenkampagne der LINKEN auf der Tagesordnung. Neben inhaltlichen Bewertungen der Rentenkampagne führte die Diskussion zu einem Erfahrungsaustausch über

Aktivitäten in den Kreisverbänden und Regionen. In solchen Verständigungen zu praktischen Aktionen und Kampagnen liegt auch künftig Potential eines Landesausschusses. Besser organisiert werden muss hierzu allerdings die „Rückkopplung“ der Debatten in die Kreisverbände / delegierenden Gliederungen.

In seiner Februarsitzung 2009 diskutierte der Landesausschuss Schwerpunkte, Konfliktpunkte und Zeitplan der Programmdebatte der Partei. Grundlage der Diskussion bildeten Ausführungen von Birke Bull über die Arbeit der Programmkommission. Der Landesausschuss diskutierte insbesondere das Verhältnis von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit und daraus abzuleitender programmatischer Aussagen. Der Landesausschuss befürwortet eine zügige Fortsetzung der Programmdebatte, die Auseinandersetzung um strittige Punkte und verwies auf die Bedeutung der Programmarbeit für die Parteientwicklung nicht nur auf Bundesebene.

In ausführlicher Diskussion beriet der Landesausschuss zum Entwurf des Europawahlprogramms, zu dazu vorliegenden Änderungsanträgen an den Europakongress und zum Personalvorschlag des Bundesausschusses zur Europawahlliste. Ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung verabschiedete der Landesausschuss eine Erklärung, in der er die Kandidaturen von Sylvia-Yvonne Kaufmann und André Brie für das Europaparlament befürwortete und die Delegierten um entsprechende Wahlentscheidungen für vordere Listenplätze bat.

Der Landesparteitag hatte dem Landesausschuss zur Beratung und Beschlussfassung den Antrag „Pfingsten mit der LINKEN“ von Klaus-Dieter Iffarth überwiesen. Der Antragsteller nutzte in der Sitzung des Landesausschusses die Möglichkeit, seinen Antrag ausführlich zu begründen. Nach intensiver Debatte mit Pro- und Kontra-meinungen lehnte der Landesausschuss diesen Antrag mehrheitlich ab. Dies war der einzige vom Landesparteitag überwiesene und zu behandelnde Antrag. Anträge von Basisorganisationen, Kreisverbänden und Gliederungen an den Landesausschuss gab es in dieser Legislatur nicht.

Im Rahmen der satzungsmäßigen Konsultationspflicht lag dem Landesausschuss der Finanzplan 2009 des Landesverbandes in der Fassung des Vorschlages des Landesvorstandes zur Beratung vor. Nach Klärung differenter Fragen zu einzelnen Positionen stimmte der Landesausschuss dem Finanzplan 2009 mehrheitlich zu.

Im Februar und Mai 2009 befasste sich der Landesausschuss mit Fragen der Parteientwicklung im Landesverband. In den Diskussionen wurden einzelne Aspekte der Parteientwicklung - die jeweiligen Erfahrungen der Kreisverbände reflektierend - beleuchtet. Im Mittelpunkt standen Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit, Erscheinungsbild und Identifikationsmuster, das Verhältnis neuer zu nachwirkenden alten Kreisverbandsstrukturen sowie Fortschritte wie Defizite im Erscheinungsbild auf Ebene der Kreisverbände. Angeregt wurden häufigere Tagungen des Landesausschusses.

Im Zusammenhang mit der Parteientwicklung befasste sich der Landesausschuss im Mai 2009 mit geplanten strukturellen Änderungen im Landesverband, insbesondere mit der Konzentration hauptamtlicher Arbeit in der Landesgeschäftsstelle und mit dem Beschluss des Landesvorstandes, hierfür bereits die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Mehrere Landesausschussmitglieder äußerten sich kritisch zu diesen Plänen und der diesbezüglich mangelhaften Kommunikation seitens des Landesvorstandes. Der Landesausschuss geht davon aus, dass die Regionalisierung nicht infrage gestellt wird und in die Entscheidungsprozesse die Kreisverbände, die Runde der Kreisvorsitzenden, der Betriebsrat und die hauptamtlichen Mitarbeiter einbezogen werden.

Der Rechenschaftsbericht Finanzen 2008 und ein Antrag der Landesschatzmeisterin zur Verwendung des Überschusses wurden ebenfalls im Mai 2009 behandelt. Der Rechenschaftsbericht wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Differenzen zwischen der Einnahmen/Ausgabenübersicht und dem Verwendungsvorschlag Überschuss in den jeweiligen Summen konnten in der Beratung durch die Landesschatzmeisterin nicht beantwortet werden. Der Landesausschuss musste daraufhin den Antrag als nicht behandlungsfähig bis zur Klärung der offenen Fragen zurückweisen und hat ihn in der Oktobersitzung erneut beraten.

In der Oktobersitzung verständigte sich der Landesausschuss erneut mit strukturellen Fragen des Landesverbandes und debattierte ausführlich zu Parteientwicklung und zu den Wahlkämpfen 2009. Der im Januar neu zusammentretende Landesausschuss wird sich mit einzelnen Aspekten der Parteientwicklung in konkretem Erfahrungsaustausch der Kreisverbände und Gliederungen befassen und einer künftigen Tagung des Landesparteitages einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Anregungen zu dieser Verständigung ergeben sich aus den Diskussionen der Mai- und Oktoberberatung des Landesausschusses.

Geäußerte Aspekte :

Fortschritte im Erscheinungsbild im Internet mit Ausnahme Dessau-Roßlau und Saalekreis;

Satzung: Bekanntmachung von Neueintritten unterschiedlich gehandhabt;

z.T. alte Kreisstrukturen noch wirksam in Parteiarbeit,

Einbeziehung aktiver Neumitglieder über konkrete Themen/Aufgaben;

BO-Strukturen überlebt; starre BO-Versammlungen zu öffentlichen Veranstaltungen entwickeln; Anbindung über Kommunalpolitik (1/3 KandidatInnen parteilos)

Programmdebatte in Gliederungen fehlt für Parteientwicklung;

Kompetenzzuschreibung an Linke und Erscheinung/Wahrnehmung vor Ort;

Gute Erfahrungen mit den Zielstellungen der Regionalkonferenzen 2008/2009;

Häufigere Tagungen Landesausschuss;

Neben den aufgeführten Themen standen in jeder Sitzung des Landesausschusses Probleme aus Sicht der Kreisverbände auf der Tagesordnung.

An den Beratungen des Landesausschusses nahmen regelmäßig direkt gewählte Funktionsträger des Landesvorstandes teil. Dies ermöglichte die Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgabe als Konsultativgremium im Landesverband.

## **Bericht der Landesfinanzrevisionskommission**

an die

### **1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**

Auf der 1. Tagung des 1. Landesparteitages vom 14. bis 16. September 2007 wurden die Mitglieder Karin Müller, Ingrid Giesel, Udo Riedel, Eberhard Balzer wieder gewählt. Neu gewählt wurden die GenossInnen Mandy Rachholz und Peter Adolf.

Am 20.09.2007 trafen wir uns zur konstituierenden Sitzung in Magdeburg. Da Genn. Müller nicht mehr die Funktion der Vorsitzenden ausüben wollte, übernahm ich diese Funktion kommissarisch. Leider gelang es mir nicht, über die gesamte Wahlperiode eine aktive Kommission zu bilden. Auch meine Vorstellung, zwei Arbeitsgruppen zu bilden (Sachsen-Anhalt Nord und Sachsen-Anhalt Süd), um effektiver und kostengünstiger (Reisekosten) zu arbeiten, konnte ich nicht verwirklichen.

Zwei Revisionen in der Landesgeschäftsstelle fanden am 30.01. und 04.06.2008 statt. Schwerpunkt war die Prüfung der Telekomverträge.

Die weiteren Revisionen erfolgten in Kreisverbänden mit dem Schwerpunkt Finanzarbeit in den 2007 neu gebildeten Kreisverbänden:

am 17.09.2008 im KV Salzlandkreis durch Gen. Balzer, Genn. Giesel

am 27.01.2009 im KV Salzwedel durch Genn. Giesel

am 28.08.2009 noch mal im KV Salzlandkreis durch Gen. Balzer, Genn. Giesel

am 19.09.2009 im KV Burgenland durch Genn. Giesel

im Oktober geplant KV Saalekreis

Ergebnisse der Revisionen:

In den geprüften Kreisverbänden kann die Finanzarbeit als gesichert eingeschätzt werden. Sehr unterschiedlich ist die Arbeit der Kreisfinanzrevisionskommissionen. Einige kontrollieren regelmäßig, andere nur einmal im Jahr den Jahresabschluss. Im Umgang mit dem Bargeld tragen die KassierInnen durch die veränderte räumliche Situation eine große Verantwortung. Die Mandatsträger sind bekannt und listenmäßig erfasst. Beschlüsse zu Finanzen werden in den Sitzungen der Kreisvorstände gefasst.

Schulden aus den vergangenen Jahren sind bzw. werden abgebaut.

Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit und das Verständnis der überprüften Kreisverbände und die Unterstützung durch die Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle.

Den GenossInnen der neuen Landesfinanzrevisionskommission wünsche ich viel Erfolg.

Ingrid Giesel  
Vorsitzende der LFRK

## **Änderungsantrag zum Bericht des Landesvorstandes**

In Zeile 712 das Wort „erheblich“ streichen

Begründung:

Erheblich verbessert ist m.E. etwas zu übertrieben, deshalb das Wort streichen.

Matthias Höhn  
Birke Bull  
Angelika Klein  
Henriette Quade  
Anke Lohmann  
(AG Leitantrag des LV)

**ÄA-Nr. 1** zum Leitantrag  
„Sachsen-Anhalt: Zeit für einen  
Neubeginn“

### **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Zeilen 1090 bis 1093 streichen bis zu „...aufgeschlossen gegenüberstehen.“ und ersetzen durch:

An den Plänen zur Steuersenkung hält die Regierungskoalition aus CDU und FDP im Bund fest. Trotz desolater Haushaltslage beweist sich die FDP als neoliberaler Beschleuniger auf Kosten der Länder und Kommunen. Den Steuerentlastungen für Gutverdienende, für Unternehmer oder für Betriebserben, werden unweigerlich Abgaben für alle folgen. Die soziale Spaltung im Land wird dies weiter vertiefen: durch den Umbau der Finanzierung des Gesundheitsbereiches, die Ausweitung des Niedriglohnsektors sowie eine Altersarmut, die in neuer Dimension droht.

Begründung:

Aufgrund des Antragsschlusses war es nicht möglich, im Zuge der abschließenden Beratung des Antragstextes im Landesvorstand am 28. September 2009 auf die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und FDP im Bund einzugehen. Daher soll an dieser Stelle eine Aktualisierung erfolgen.

## **Änderungsantrag zum Leitantrag**

**Thema:** Friedenspolitische Ergänzung des Leitantrags

**Begründung:** Im Leitantrag fehlt bis jetzt eine friedenspolitische Positionierung.

Der Landesparteitag möge befassen, beraten und beschließen:

Für eine menschenwürdige Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie der friedenspolitische Abschnitt möge eingefügt werden:

Die Themenkreise Flucht und Vertreibung und Asylrecht hat DIE LINKE immer wieder als ihre „Maxime“ erörtert und sich einer sozialistischen Vision verpflichtet sieht, zum selbstverständlichen Anliegen der gesamten Breite der Menschenrechtsthematik. Menschenrechte und Bürgerrechte müssen so definiert sein, dass die Bürger - egal welcher Nation, Ethnien oder Hautfarbe und Geschlecht, Religion etc. - ihre Rechte in unserem Gemeinschaftswesen ausüben können.

### **Sachsen-Anhalt soll führend werden in der Friedenspolitik.**

Der Kampf um rohstoffstrategische Interessen und geopolitischen Einflusszonen innerhalb des Kapitalismus sind deren wirtschaftliche Ziele. Seit 1989 ist Deutschland deshalb kontinuierlich zu einem kriegführenden Staat geworden, 1999 hat sich Deutschland das erste Mal seit 1945 an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf einen souveränen Staat beteiligt und ist seitdem weltweit bei völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen (u.a. „Enduring Freedom“ in Afghanistan und anderswo) dabei. Die Bundeswehr wird kontinuierlich von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsarmee umgebaut. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich der Militarisierung der deutschen Außen- und Innenpolitik konsequent widersetzt. Unser Landesverband wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, die glaubwürdigen friedenspolitischen Positionen der LINKEN zu erhalten und zu stärken. In Sachsen-Anhalt unterstützen wir die Proteste und Aktivitäten der Friedensbewegung. Auch in Zukunft werden die notwendigen Aktivitäten des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen-Anhalt an Veranstaltungen, Infoständen und Beteiligung an Protestaktionen eine wesentliche Rolle spielen. Wir lehnen jegliche Militäreinsätze der Bundeswehr im In- und Ausland ab und wirken dafür, dass das Land Sachsen-Anhalt in dieser Frage klar Stellung bezieht. Abrüstung und Umwidmung der Mittel für Rüstungspolitik für soziale Zwecke ist unser Ziel. Die Bundeswehrstandorte müssen verringert, Truppenübungsplätze geschlossen und die

Rüstungsproduktion beendet werden. Uns ist bewusst, dass das Probleme für die Haushalte der betroffenen Kommunen und für die Beschäftigten mit sich bringen kann. Deswegen unterstützen wir gleichzeitig die Entwicklung von Konzepten der Konversion – **Abrüstung statt Sozialabbau ist unser Motto**. Sachsen-Anhalt soll führend werden in der Friedenspolitik in der Bundesrepublik und dem entsprechend bundespolitische Initiativen ergreifen. Deshalb muss auch die Bildungspolitik neu ausgerichtet werden: DIE LINKE will die Friedenserziehung an den Schulen fördern. Das bedeutet Aufklärung über Kriegsursachen und Diskussion über zivile Wege der Konfliktbewältigung. Wir lehnen den Vertrag von Lissabon ab, weil er die permanente Aufrüstung der EU und den Sozialabbau festschreibt. In allen Ländern der Europäischen Union müssen Volksabstimmungen über den Vertrag abgehalten werden.

## **Änderungsanträge zum Leitantrag**

### **3.1.**

Zeile 1164 ergänzen: ... schuldig, deshalb wird DIE LINKE auch weiterhin eine Funktionalreform einfordern.

Begründung: Wir wollten immer die Gebietsreform mit einer Funktionalreform verbinden. Wenn diese bisher ausgeblieben ist, sollte sie doch weiterhin von uns eingefordert werden.

### **3.2.**

Zeilen 1186 bis 1188 den Satz: Die Zahl ... bis Pass – verschieben auf Seite 31 in Zeile 1336 einfügen.

Begründung: Der Satz passt nicht in die Beschreibung von Sachsen-Anhalt im Ländervergleich, sondern gehört m.E. in den Abschnitt „Leben ohne Angst“.

### **3.3.**

Zeile 1245: Das Wort „verschränkt“ ersetzen durch „verbunden“

### **3.4.**

Zeile 1307 ergänzen: „Nach dem Personalentwicklungskonzept trifft diese Feststellung für alle Landesbedienstete zu.“

### **3.5.**

Zeilen 1380 bis 1382 – Reihenfolge des Satzes ändern wie folgt:  
Um dies zu ändern braucht es DIE LINKE – in Bund und Land – mit ihrem Steuerkonzept und der Forderung nach einer Umverteilung von Unten nach Oben.

Frank Thiel, Edeltraud Rogée,  
Angelika Hunger, André Lüderitz,  
Uwe-Volkmar Köck

**ÄA-Nr. 4** – zum Leitantrag  
„Sachsen-Anhalt: Zeit für einen  
Neubeginn“

## **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Für den Abschnitt Zeilen 12 10-1223 wird folgende Neufassung vorgeschlagen:

Für DIE LINKE ist die Innovations- und Reformfähigkeit des Landes der Schlüssel für eine selbst tragende Entwicklung. Wir gehen dabei von den Fähigkeiten und Vorstellungen, die Menschen hier haben und einbringen wollen und den Möglichkeiten des Landes aus. Sachsen-Anhalt hat **gute** Potenziale als Standort von **Wirtschaft und Arbeit**, Wissenschaft und Forschung **sowie Lebensqualität und Kultur**. Die Voraussetzungen für eine politische und gesellschaftliche Richtungsänderung sind **jedoch** durch die weltweite Krise und Rezession nicht besser geworden. Dennoch ist ein „Weiter so!“ keine Option. „Dort wo die materiellen Ressourcen knapper werden, müssen immaterielle Ressourcen mit mehr Energie erschlossen werden. (...) Unsere strategische Vision für 2020 heißt, Sachsen-Anhalt auf den Kurs eines innovativen und damit zugleich sozial stabilen Landes zu bringen, eines Landes, in dem auch die jungen, leistungsfähigen Menschen wieder bleiben wollen, weil sie ihre Zukunft gestalten können.“ (Sachsen-Anhalt 2020. Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt).

**Unverzichtbar bleibt für uns als LINKE der Anspruch, eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung in einem mittelfristigen Zeitraum zu erreichen. Vorhandene regionale Differenzierungen sind als Aufforderung sowohl zur regionalen Vernetzung als auch zur Definition eigenständiger Entwicklungsperspektiven zu begreifen.**

**Das produzierende Gewerbe und die modernen Agrarstrukturen sind in Sachsen-Anhalt traditionell tragende Säulen einer stabilen wirtschaftlichen Infrastruktur. DIE LINKE fordert dennoch, nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen in den Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik zu stellen, sondern die Stärkung des Standortes als Wettbewerbsfaktor, mit allen Konsequenzen hinsichtlich Investitionen in Aus- und Weiterbildung, in Infrastruktur und für sparsamen Ressourceneinsatz.**

**Motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind für uns unverzichtbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, die umfassende Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie in den Unternehmen hat für DIE LINKE höchste Priorität für den Neubeginn in der Landespolitik.**

***Begründung:***

*Bei der Beschreibung des Neubeginns einer Politik in Sachsen-Anhalt gehört der Verweis auf die vorhandenen, differenziert zu bewertenden Potenziale des Landes in den Antrag. Zugleich ist auch die Richtung der künftigen wirtschaftspolitischen Akzente in der gebotenen Kürze zu beschreiben. Die detaillierte Auflistung konkreter Vorhaben bleibt dem Wahlprogramm für 2011 vorbehalten.*

Heidemarie Ehlert  
Stadtverband Dessau-Roßlau

**ÄA-Nr. 1.1. bis 1.2.** zum Antrag  
„Für einen politisch handlungs-  
fähigen und finanzierbaren  
Landesverband“

**Änderungsantrag  
zum Antrag „Für einen politisch handlungsfähigen und finanzierbaren  
Landesverband“**

**1.1.**

Zeilen 1454 bis 1456 wie folgt ändern:

Der Altersdurchschnitt unserer Mitglieder im Landesverband nimmt zu. Die altersbedingten Abgänge konnten nur teilweise durch Mitgliedergewinnung kompensiert werden.

Der Satz „das ist aber ... bis Landesverband“ wird ersetzt

**1.2.**

Zeilen 1668 bis 1670 – Reihenfolge der Aufzählung ändern:

... hierbei Ansprechbarkeit für Mitglieder und Bürgerinnen, Kampagnen ... sowie Gremien.

Begründung: Die Ansprechbarkeit vor Ort steht für mich an erster Stelle.

**Änderungsanträge  
zu den „Leitlinien für eine linke Energie- und Klimaschutzpolitik  
für Sachsen-Anhalt“**

**1.1.**

Zeilen 2045 bis 2048

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt sieht in der gegenwärtigen Praxis des Emissionshandels kein nachhaltiges Instrument zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und verweist auf die Vorschläge der Partei zur Fortentwicklung der Zertifikate.

**1.2.**

Zeilen 2128 bis 2136

- DIE LINKE. Sachsen-Anhalt geht davon aus, dass auch ohne den Umstellungszwang des Klimaschutzes die Ablösung fossiler Energieträger dringend erforderlich ist. Die energetische Nutzung von Braun- und Steinkohle ist ein Auslaufmodell, eine Kapazitätserweiterung der nicht nachhaltigen Energieerzeugung auf Kohlebasis überflüssig.
- Die LINKE. Sachsen-Anhalt sieht durchaus Perspektiven für die stoffliche Nutzung der Braunkohle.
- DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird deshalb Tagebauneuaufschlüsse in der Egelner Mulde und bei Lützen gegenwärtig nicht unterstützen, die endgültige Entscheidung unter dem Aspekt einer möglichen rein stofflichen Nutzung der Braunkohle aber offen halten.

**1.3.**

Zeile 2148

**Brückentechnologien sind nicht nachhaltig**

#### 1.4.

Zeilen 2150 bis 2170

- DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist sich bewusst, dass der Übergang von einer durch massiven Ressourcenverbrauch charakterisierten zu einer nachhaltigen, durch regenerative Systeme bestimmten Energiewirtschaft nur schrittweise erfolgen wird. Dies ist zurzeit noch aus Gründen der Versorgungssicherheit begründet, aber auch in langen Nutzungszeiten kapitalintensiver Technologien.
- DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bekennt sich nachdrücklich zum Ausstieg aus der Energiegewinnung auf der Basis der Kernspaltung („Atomkonsens“). Die mit dieser Technologie verbundenen Risiken für die Menschheit sind, insbesondere wegen der weltweit ungelösten Endlagerung radioaktiver Abfälle, nicht länger tragbar. Die Probleme des Atommülllagers in Morsleben belegen dies sehr anschaulich.
- Die LINKE. Sachsen-Anhalt steht zu der Forderung, die zusätzlichen Gewinne aus abgeschriebenen Kraftwerken in die Forschung zu regenerativen Energiesystemen und zur technologischen Umsetzung der Kernfusion zu investieren.
- Die LINKE. Sachsen-Anhalt lehnt eine Kapazitätserweiterung der Verstromung von Braunkohle ab. Sie ist aber für den Übergangszeitraum offen für einen Ersatz von Braunkohlekraftwerken mit einer hohen CO<sub>2</sub>-Emission durch solche mit Technologien, welche die Erfüllung der Klimaschutzziele unterstützen, die CO<sub>2</sub>-Emission bei gleicher Leistung um mindestens 35 % senken und nicht anders gelagerte Risiken für Mensch und Umwelt mit sich bringen.
- Die LINKE. Sachsen-Anhalt steht dem aktuellen Entwicklungsstand der CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage - CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung) skeptisch gegenüber. Schon allein wegen des geringeren Wirkungsgrades ist diese nicht zukunftsfähig. Bisher ist auch die Frage nach dem Langzeitrisiko der unterirdischen Lagerung von verpresstem CO<sub>2</sub> nicht beantwortet. Geeigneten Lagerstätten sind zudem nur in Norddeutschland anzutreffen und in ihrer Aufnahmefähigkeit auf wenige Jahrzehnte begrenzt. Das macht diese Technologie teuer und nicht nachhaltig.

Begründung: erfolgt mündlich